



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/82

Hannover, den 15. Juli 1949

## Keine Wahl zwischen Ost und West

### Feststellungen der deutschen und europäischen Situation

Dr. Kurt Schumacher gab dem Vertreter der grossen französischen Zeitschrift "Constellation" ein ausführliches Interview, dem die folgenden Sätze entnommen sind:

"Der Krieg als Mittel der Politik ist in Deutschland durch zwei Weltkriege und durch die Zerstörung des Landes im zweiten Weltkrieg entscheidend blossgestellt worden. Von der Kriegsgeneration bleiben kriegslüsternd immer nur der menschliche Abfall des Krieges, die Desperados und die Leute, die mit dem Krieg ihr Geschäft machen wollen."

\*

"Das, was man als deutschen Nationalismus und die militaristische Grundlage im Denken und in der Summe von Kriegserfahrungen fürchtet, ist keine Gefahr als selbständiger deutscher Faktor. Es ist vom Tage der Zerschmetterung des Dritten Reiches an immer nur eine Gefahr als Instrument in der Hand einer fremden nationalistischen Siegermacht."

\*

"Autoritär regierte Völker werden immer schneller in die Gefahr kommen, aus dem Stadium des Friedens in das des Krieges hinüberzuwechseln. Die demokratische Konstruktion eines Staatswesens ist die relativ stärkste Sicherung des Friedenszustandes."

"Für eine überblickbare Zukunft könnte eine starke militaristische Strömung in Deutschland nur das Produkt der Züchtung durch eine Besatzungsmacht sein. Die aktuelle Gefahr ist die Militarisierung durch das kommunistische System und durch den Einfluss Sowjetrusslands. Wenn Stalin die Chance erzwang hätte, wären die Kulturzentren von Paris bis New York auch schon ausgeradiert. Die Chance der heutigen Zeit ist die, dass die entscheidenden technischen und chemischen Waffen ganz überwiegend in den Händen der demokratisch kontrollierten und darum friedensliebenden Regierungen liegen."

\*

"Die absolute Diktatur über das deutsche Volk selbst ist erst die Voraussetzung für den zweiten Weltkrieg gewesen. Gelingt es in Deutschland, die Demokratie zu stabilisieren und dem Volk zu diesem Prinzip Zutrauen einzuflössen, ist auch auf weite Sicht hinaus jede Möglichkeit der Entstehung eines spürbaren Kriegswillens in Deutschland ausgeschaltet."

\*

"Das Spielen mit der russischen Karte, auch nur der politischen Agitation, ist eine sehr gefährliche Sache. Es gibt im letzten Sinn keine Wahl zwischen Ost und West, weil Sowjetrussland die Frage so stellt, dass es die absolute Entscheidung für den Osten und damit die Todfeindschaft gegen den ganzen Westen von dem Bündnisanwärter verlangt. Die Sozialdemokraten kämpfen darum mit aller Entschiedenheit gegen diese ideologischen Spielereien. Sie sind umgekehrt aber auch nicht bereit, sich als blosses Instrument in Krieg oder Frieden gegen den Osten benutzen zu lassen, denn die Erkenntnis, dass eine politische Richtung das Instrument einer fremden Macht ist, würde das Vertrauen des Volkes zu dieser politischen Richtung und damit zu den von ihr getragenen Prinzipien zerstören."

\*

"Die deutsche politische Frage, die für Frankreich von Bedeutung sein kann, ist nicht die Organisation Deutschlands unter den Prinzipien des Föderativen oder des Unitarischen. Der gute Kooperationswille der Deutschen kann nur erwachsen auf dem Prinzip des Demokratischen. Gewiss muss ein neues Deutschland heute stark dezentralisierende Momente in sich tragen, mehr als in der Periode der Weimarer Republik. Eine zu grosse Verstärkung des föderativen Momentes ruft nur einen übermässigen Anreiz für den nationalen Einheitsgedanken hervor."

\*

"Für die deutsche Sozialdemokratie kann ich sagen, dass sie an dem Prinzip, Europa über den Nationalstaat zu stellen, festhalten und dafür politisch und propagandistisch kämpfen wird."

\* \* \*

#### Schumacher und sechs Journalisten am Mikrofon

(sp) Am Donnerstag, den 11. August, wird über den NWDR eine Art Rundfunk-Pressekonferenz gesendet werden, in der der Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, sechs Journalisten aus sechs Parteien Rede und Antwort stehen wird. Die halbstündige Sendung findet in der Zeit zwischen 21 und 22 Uhr statt; der genaue Termin wird noch bekanntgegeben werden. Auch mit den führenden Persönlichkeiten der anderen Parteien, Dr. Adenauer, Prof. Heuss und Max Reimann, sind Sendungen der gleichen Art vorgesehen.

- - - - -

USA - Arbeitskämpfe 1949

Von Gernhart H. Seger, New York

Die grösste Stahlwerksfirma in den Vereinigten Staaten ist die United States Steel Corporation. Diese Firma hat in den letzten sechs Jahren die stattliche Summe von rund 750.000.000 Dollar aus ihren Gewinnen auf die Erneuerung der Betriebsanlagen abgeschrieben; unbeschadet der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft hat sie so hohe Gewinne erzielt, dass sie buchstäblich nicht weiss, wohin mit all dem Geld. Dieselbe Firma zahlt ihren ausgeschiedenen alten Arbeitern eine "Alterspension", mit dem ersten Scheck erhält der wegen des Pensionsalters ausgeschiedene Arbeiter einen Brief von der Firma, in dem sie ihm einen "langen und glücklichen Lebensabend" wünscht. Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen - aber diese "Alterspension" beläuft sich auf 5,83 Dollar pro Monat, nicht genug, um ein Paar einfache Schuhe zu kaufen!

Jetzt ist der Tarifvertrag dieser Firma mit der Stahlarbeitergewerkschaft abgelaufen. In den zu seiner Erneuerung eingeleiteten Verhandlungen hat der Stahlarbeiterverband zuerst die Forderung auf eine ausreichende Alterspension erhoben. Zum Unterschied von den europäischen Ländern gibt es in den Vereinigten Staaten keine Altersversicherung von Bundeswegen; lediglich einzelne der Bundesstaaten haben begonnen, für ihre Staatsgebiete solche Sozialversicherungen einzuführen.

Die Forderung nach sozialer Sicherheit ist daher neu, und sie ist von den grossen Gewerkschaften in wachsender Masse aufgenommen worden. Aber die Gewerkschaften sind, bis jetzt wenigstens, nicht so sehr daran interessiert, dass eine solche Alterspension in den Vereinigten Staaten von Bundeswegen eingeführt wird, als vielmehr in den einzelnen Industrien. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter war der erste Verband, der auf diesem Gebiete vor zwei Jahren einen ansehnlichen Erfolg erzielt hat. Dieser Verband hat es durchgesetzt, dass die Bergwerksunternehmer einen bestimmten Betrag pro Tonne der gefördertten Kohle in einen Wohlfahrtsfonds einzahlen, aus dem den Bergarbeitern eine Reihe von sozialen Vergünstigungen gezahlt werden; Unterstützung im Falle von Krankheit und Betriebsunfällen, Alters- und Witwenpensionen und dergleichen mehr. Der Bergarbeiterverband ist natürlich in der Verwaltungskörperschaft dieses Wohlfahrtsfonds vertreten.

Wenn es den Stahlarbeitern gelingen sollte, in den Verhandlungen um den neuen Tarifvertrag mit der United States Steel Corporation ebenfalls die Errichtung eines derartigen Fonds durchzusetzen, so wird das von entscheidender Bedeutung sein, weil dieser Tarifvertrag seit Jahrzehnten für die übrige Stahlindustrie und damit auch

für andere grosse Industrien massgebend ist.

Der nächste grosse Verband, der sich mit der Absicht einer solchen Forderung trägt, ist die Gewerkschaft der Automobilarbeiter, die 1.100.000 Mitglieder hat und eben erst einen mit allerdings nur mässigem Erfolge beendeten Streik bei den Fordwerken durchgeführt hat.

Die Tarifvertragspolitik der amerikanischen Gewerkschaften richtet sich daher im Jahre 1949 weniger auf die Erhöhung der Löhne, als vielmehr auf dasjenige Mass sozialer Sicherheit, das sie im Verhältnis zu ihrer organisatorischen Kraft durchzusetzen vermögen. Soweit sich die Gewerkschaften überhaupt für die Politik ihres Landes interessieren, unterstützen sie natürlich die Bestrebungen des Präsidenten Harry S. Truman um die Einführung sozialer Versicherungen; aber sie wissen auch, dass die öffentliche Meinung des Landes, auf die sich der Kongress in seiner parlamentarischen Arbeit stützt, für den in Europa selbstverständlichen Gedanken der gesellschaftlichen Verantwortung gegenüber den breiten Massen der Bevölkerung noch nicht reif ist. Selbst eine so offenkundig notwendige Sache wie die öffentliche Gesundheitsfürsorge und Krankenversicherung, die es noch nicht gibt und die Präsident Truman zu schaffen vorgeschlagen hat, begegnet dem grössten Widerstand, und das keineswegs nur bei den Ärzten, die sich nicht "sozialisieren" lassen wollen. In den zuweilen sehr hitzigen Debatten über die sozialpolitischen Vorschläge des Präsidenten ist das Wort vom "Wohlfahrtsstaate" geprägt worden, das mit einem Unterton der grössten Verachtung gebraucht wird. Der traditionelle Individualismus in den Vereinigten Staaten wehrt sich gegen staatliche Einrichtungen, die den Einzelnen von Behörden abhängig machen, selbst wenn es Behörden der Selbstverwaltung sind. Solange diese Widerstände in der öffentlichen Meinung bestehen, richten sich die Gewerkschaften daher darauf ein, solche sozialen Forderungen im Rahmen ihrer Tarifverträge mit den grossen Unternehmungen durchzusetzen, und diese Bestrebungen kennzeichnen mehr als alles andere die Arbeitskämpfe des Jahres 1949. (b/A/147/2/he)

#### Flüchtlinge in Bayern und Bundestagswahlen

M. R., München, im Juli

Mit nahezu zwei Millionen stellen die Flüchtlinge heute rund 28% der Bevölkerung Bayerns. Davon ist ein Viertel in Arbeit untergekommen, während nahezu 150.000 Flüchtlinge arbeitslos gemeldet sind. Das bedeutet, dass rund jeder zweite Arbeitslose ein Flüchtling ist. Wenn man weiter in Betracht zieht, dass Bayern mit 28% aller Arbeitslosen in der Bizone weit an der Spitze liegt, so wird die soziale Seite dieser Frage auch im kommenden Wahlkampf deutlich.

Im allgemeinen herrscht bei den Flüchtlingen die Ansicht; alle Parteien haben versagt, wir sind von allen verlassen worden und müssen nun

unser Geschick in die eigenen Hände nehmen. Diese Einstellung hat zu einer starken Zersplitterung unter den Flüchtlingen geführt. Wie die Pilze sind die Flüchtlingsorganisationen in Bayern aus dem Boden geschossen, meist mit dem Zweck, wirtschaftliche Verbesserungen anzustreben. Die grössten dieser Gruppierungen sind der "Neubürgerbund" mit dem Schwergewicht in Niederbayern und in der Oberpfalz, die "Deutsche Notgemeinschaft", die ihre Anhänger besonders in Franken hat, und die "Notgemeinschaft der Deutschen", die vor allem in Schwaben Verbreitung gefunden hat. Daneben besteht noch eine "Union der Ausgewiesenen", ein Unterteil der CSU, während die SPD in Bayern ebenfalls über eine Flüchtlingsorganisation verfügt, die aber innerhalb der Parteioorganisation arbeitet.

Als die Vorbereitungen für die Wahlen zum Bundestag begannen, versuchten diese überparteilichen Flüchtlingsorganisationen, mit den Parteien ins Gespräch zu kommen, um über die Aufstellung ihrer Kandidaten auf den Parteilisten zu verhandeln. Diese Gespräche sind im wesentlichen gescheitert. Das Ergebnis war, dass zunächst die "Deutsche Notgemeinschaft" versuchte, die Lizenz einer politischen Partei von der Militärregierung zu erhalten. Die Verhandlungen sind jedoch nicht endgültig abgeschlossen; während die Militärregierung bisher die Gründung von Flüchtlingsparteien rundweg ablehnte, scheint man doch gegenwärtig geneigter zu sein, die Lizenzierung einer Flüchtlingspartei zu erwägen.

Politisch gesehen, sind solche Gespräche für die Parteien von grosser Bedeutung, denn bei der Einsetzung der Flüchtlinge hätte zweifellos eine solche überparteiliche Gruppierung gute Chancen, einen wesentlichen Teil der Flüchtlingsstimmen auf sich zu ziehen. Die SPD hat in Bayern an die zweite Stelle ihrer Landesliste den bekannten Sudetendeutschen Richard Reitzner gestellt, der bei sehr vielen Flüchtlingen, auch weit über den Kreis der Sozialdemokraten hinaus, grosses Ansehen geniesst. Sie hat weiterhin an jede fünfte Stelle ihrer Landesliste einen Flüchtling nominiert. Wenn es nicht zur Bildung einer Flüchtlingspartei kommt, dann hat zweifellos die SPD erhebliche Chancen, Flüchtlingsstimmen für sich zu gewinnen. Bei der gegenwärtigen Parteikonstellation in Bayern dürfte aber auch die FDP, besonders aus den intellektuellen Flüchtlingskreisen, mit Stimmengewinn rechnen können. Auch sie ist bemüht, den Flüchtlingen in der Aufstellung von Kandidaten weitgehend entgegenzukommen.

Die Politik der CSU gegenüber Bonn hat ihrer Flüchtlingspolitik einen schweren Stoss versetzt. Selbst auf der Landeslagung der CSU in Straubing sprach sich der Vertreter der "Union der Ausgewiesenen", Hans Schütz, für das Bonner Grundgesetz aus und die Flüchtlinge stehen schon aus diesem Grunde der Unionspolitik sehr misstrauisch gegenüber. Es ist der CSU nicht gelungen, die Interessen der Einheimischen soweit zurückzudrängen, dass sie auf die Aufstellung von einheimischen Kandidaten zugunsten von Flüchtlingen verzichten. Um bei dieser

15. Juli 1949

Situation die Flüchtlingestimmen zu neutralisieren, kam die Regierung auf den Gedanken, Flüchtlingswahlkreise zu bilden und somit einen grossen Teil der Flüchtlingestimmen für die Oppositionsparteien, SPD und FDP, auszuschalten. Die Militärregierung hat aber durch dieses Unternehmen einen Strich gezogen und die Errichtung von Flüchtlingswahlkreisen verboten.

Auch die Bayernpartei kann wohl kaum damit rechnen, grössere Flüchtlingsmassen an sich zu ziehen. Selbstverständlich versuchen Demagogen wie Loritz oder der durch seinen Landesverratsprozess bekannt gewordene Egon Herrmann, der jetzt auf der Liste der KPD in Bayern kandidiert, die Notlage der Flüchtlinge auszunutzen und sie durch radikale Forderungen hinter sich zu bringen.

Noch ist offen, wohin sich die Flüchtlingsmassen bei der Bundestagswahl wenden werden. Fest steht nur, dass es zu einer einheitlichen Willensformung der Flüchtlinge nicht kommt und dass gerade in diesen Kreisen die Zersplitterung der Kräfte erhebliche Ausmasse annehmen wird. (b/ B/137/2)he

#### Fragwürdige Entscheidung

(sp) Die britische Militärregierung hat bekanntgegeben, dass sie in der Zulassung neuer politischer Parteien noch vor den Wahlen zum Bundestag wesentliche Erleichterungen gestatten werde. Diese Entscheidung erscheint uns weder politisch zweckmässig noch gerecht.

Diesem letzten Gedanken hat übrigens kürzlich erst der Militärgouverneur von Niedersachsen (freilich unter betontem Hinweis darauf, dass es sich um seine persönliche Meinung handle), Ausdruck gegeben, als er feststellte, er sei nicht für die Zulassung neuer Parteien noch vor den Wahlen, weil er es als unangebracht empfinde, dass neben die alten Parteien, die mit der ganzen ungewöhnlichen Schwere der vergangenen Jahre belastet seien, neue hinzutreten, die, ohne ihr Verdienst, diese Last nicht zu tragen brauchten, so dass der Konkurrenzkampf unter sehr ungleichen Voraussetzungen geführt werde. Man muss zugeben, dass dieses Argument unter den anomalen Gegenwartsbedingungen der politischen Arbeit in Deutschland erhebliches Gewicht hat.

Die SPD ist als demokratische Partei grundsätzlich natürlich nicht gegen die Zulassung neuer Parteien, zumal dann nicht, wenn sie eine wesentliche politische Kraft verkörpern. Aber man muss doch nachdrücklich an die schlechten Erfahrungen des deutschen Volkes mit Splitterparteien erinnern, die in der Zeit vor 1933, wie kaum ein anderer Faktor im politischen Leben, dem demokratischen Gedanken geschadet und die demokratische Praxis behindert haben. In seiner überwältigenden Mehrheit wünscht sich jedonfalls das deutsche

Volk keinesfalls die Rückkehr zu dieser Herde kleiner und kleinster Gruppen, bei denen Sonderinteressen von Cliquen und persönlicher Ehrgeiz der Initiatoren ausschlaggebend zu sein pflegen. Der Hinweis in der britischen Erklärung auf die Notwendigkeit einer ausreichenden Anhängerschaft als Voraussetzung der Anerkennung einer Partei stellt zwar eine gewisse Sicherung dar, aber man wird die konkrete Bestimmung der unerlässlichen Zahl von Anhängern und die Praxis der Handhabung durch die Lizenzierungsstelle abwarten müssen.

Die Frage, die entscheidend ist, ist die nach der Grenze zwischen einer demokratischen Partei und einer Sekte von mehr oder weniger zweifelhaftem politischen Charakter, sowie die andere Frage, ob es richtig ist, um eines selbstverständlichen und vernünftigen Prinzips willen im Einzelfall offensichtlich unvernünftig zu handeln. Im übrigen ist die SPD der Auffassung, dass nach den Erfahrungen in der Zeit der Weimarer Republik die Bildung solcher Splittergruppen vor allem auf Kosten der bestehenden bürgerlichen Parteien zu gehen pflegt, so dass für die SPD selbst damit keine besonderen Gefahren verbunden sind. (m/1/157/1/he)

#### -----

#### Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

(sp) Anfang März brachte die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat einen Initiativantrag über Grundsätze der Lohnregelung und Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen ein. Der §1 dieses Antrages besagt: Lohn- und Gehaltsregelungen, die bei gleicher Tätigkeit und Leistung eine geringere Entlohnung auf Grund des Geschlechts, des Alters, der Religion oder der Rasse vorsehen, sind unwirksam. Der Absatz 2 bestimmt, dass tarifliche Regelungen, die dem Absatz 1 widersprechen, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Tarifvertragsparteien zu ändern sind.

Am 14. Juli beriet der Arbeitsausschuss erneut über diesen neuen Entwurf eines Gesetzes über Grundsätze der Lohnregelung. Als Sachverständige wurden diesmal ausser den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände auch Vertreter der Frauenorganisationen hinzugezogen. Es wäre wünschenswert gewesen, dass diese Ausschusssitzung in voller Öffentlichkeit stattgefunden hätte, um den Frauen aller Parteien zu zeigen, wem es wirklich ernst ist mit dem Kampf um die volle Gleichberechtigung der Frauen. Nach eingehender Diskussion, in der von CDU- und Arbeitgeherseite gegen die Vorlage gesprochen wurde und in der die Vertreter und Vertreterinnen der SPD und der Gewerkschaften die Sache der Frauen vertraten, erklärten sich schliesslich auch die Vertreter der Verwaltung für Arbeit bereit, einer Vorlage zuzustimmen, die besagt, dass in neu abzuschliessenden Tarifverträgen keine Sonderregelung für Arbeitnehmergruppen aufgrund des Alters und des Geschlechts getroffen werden wollen.

Es wird jetzt Sache der Frauen sein, darüber zu wachen, dass dieser Entwurf nun auch im Plenum im Sinne der Frauen entschieden wird.

-----

Verantwortlich: Peter Raunau